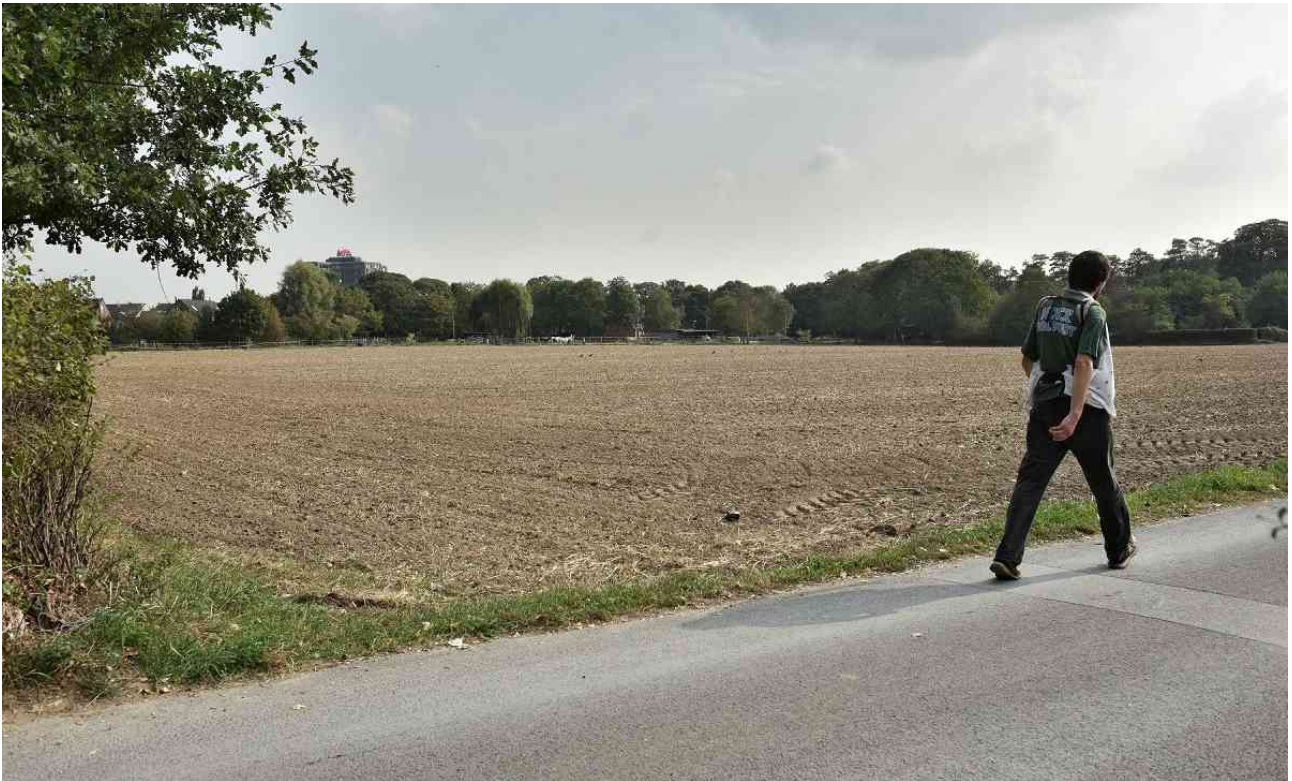


Krefeld: Viele Flächen aus Regionalplan gestrichen - zwei bleiben aber



Der Regionalrat will an der Siedlungsfläche an der Ottostraße festhalten, falls dort zukünftig ein neuer Bahnhof gebaut werden soll. Foto: Bischof, Andreas (abi)

Krefeld Nach einer Sondersitzung bei der Bezirksregierung sind die meisten Krefelder Gebiete nicht länger Teil des Vorhabens.

Zwei Ausnahmen gibt es allerdings: die Ottostraße und Oppum-Süd.

Von Yvonne Brandt

Ein Großteil der vorgeschlagenen Bauland-Flächen im Entwurf des Regionalplans Düsseldorf ist vom Tisch. In einer Sondersitzung des Planungsausschusses der Bezirksregierung ist der bislang diskutierte Entwurf zur ersten Änderung im Rahmen der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen und als Ergebnis der Erörterung geändert worden. Für Krefeld heißt das: Die Flächen Kliebruch, Elfrath, Am Hülser Bruch/Von-Harff-Straße und Kliebruchstraße/West sollen nicht mehr als mögliches Bauland dargestellt werden. **An den Flächen Am Obergplatz / Ottostraße und Oppum-Süd soll trotz der umfangreichen Bedenken im Verfahren wegen der sehr guten Eignung festgehalten werden.**

Aus der Krefelder Bürgerschaft gab es großen Protest

Ottostraße und Oppum-Süd dürfen laut Regionalplan nur entwickelt werden, wenn jeweils ein neuer Bahnhof für die Deutsche Bahn beziehungsweise den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr gebaut wird. Einen Zeitrahmen gibt es dafür nicht. Angesichts des Klimawandels und

damit einhergehender Klimaschutz- und Mobilitätskonzepte werden Bahn- und der Öffentliche Personennahverkehr eine noch größere Rolle spielen.

Laut einer gemeinsamen Stellungnahme der Fraktionen im Regionalrat können CDU, SPD und FDP/FW-Fraktion die Bedenken der Bürger nachvollziehen, die in zahlreichen Stellungnahmen ihr Unverständnis darüber geäußert haben, dass irgendwann in der Zukunft mögliche „schienegebundene Haltepunkte“ die Grundlage für die vorgeschlagenen Flächen sind. Die sollen nach Auffassung der Fraktionen nun nicht mehr im Regionalplan entsprechend dargestellt, sondern als Sondierbereiche aufgenommen werden. „Damit für den Fall, dass die Infrastruktur eingerichtet wird, eine Siedlungsbereichsentwicklung nicht ausgeschlossen ist.“ Der Regionalrat würde dann im Rahmen eines späteren Regionalplanänderungsverfahrens gegebenenfalls diese Flächen als Allgemeinen Siedlungsbereich aufnehmen können.

Nach einer großen Informationsveranstaltung der Grünen zur geplanten Änderung des Regionalplanes hatten sich zwei Bürgerinitiativen in Krefeld gegründet, die sich vor allem gegen die vorgesehenen Flächen in Kriedbruch und zwischen Obergplatz und Ottostraße sowie im Hülser Bruch aussprechen. Sie sammelten Tausende von Unterschriften und trugen ihre Einwände vor dem Stadtrat und der Bezirksregierung vor.

Die Initiative Freiraum Nord-West wird von den Vereinen Mallewupp und Uhlenhorst unterstützt, die um ihre Angebote nahe der Ottostraße ebenso fürchten wie um das schutzwürdige Biotop und fruchtbare sowie klimarelevante Böden mit großer Wasserrückhaltefähigkeit. Das Ganze sei ökologisch nicht vertretbar. Sie sind auch der Auffassung, dass es für Krefeld keinen Bedarf von mehr als 4000 Wohneinheiten gebe.

Der Rat hatte in seiner Sitzung im September eine Stellungnahme beschlossen, in der er den Regionalrat auffordert, von der Ausweisung der vorgeschlagenen Flächen abzusehen. Der im Entwurfsplan prognostizierte Bedarf an neuen Wohneinheiten bis zum Jahr 2040 auf etwa 9300 sei durch die heutige kommunale Planung und den gültigen Flächennutzungsplan schon erreicht.

Laut Bezirksregierung habe aufgrund der Rückmeldungen zu „unberücksichtigten Innenpotentialen“ eine Überprüfung der bauleitplanerischen Potentiale stattgefunden. „Ergebnis ist, dass bisher noch nicht im Siedlungsmonitoring erfasste Reserven in aktuellen Bebauungsplänen (etwa 1500 Wohneinheiten) bestehen. Die Bedarfsbilanz der Stadt Krefeld ist damit ausgeglichen.“